

Stadt Heidelberg

Drucksache:
0023/2018/BV

Datum:
11.01.2018

Federführung:
Dezernat III, Amt für Schule und Bildung

Beteiligung:

Betreff:

**Volkshochschule - Gewährung einer Zuwendung in
Höhe von 1.464.470 € im Haushaltsjahr 2018**

Beschlussvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 06. März 2018

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Zustimmung zur Beschlussempfehlung:	Handzeichen:
Ausschuss für Bildung und Kultur	25.01.2018	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	
Haupt- und Finanzausschuss	07.02.2018	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	
Gemeinderat	01.03.2018	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Ausschuss für Bildung und Kultur und der Haupt- und Finanzausschuss empfehlen dem Gemeinderat folgenden Beschluss:

Im Jahr 2018 gewährt die Stadt Heidelberg der Volkshochschule (VHS) insgesamt eine Zuwendung in Höhe von 1.464.470 €.

Finanzielle Auswirkungen:

Bezeichnung:	Betrag:
Ausgaben / Gesamtkosten:	
Zuwendung an die Volkshochschule in 2018	1.464.470 €
Einnahmen:	
keine	
Finanzierung:	
• Ansatz in 2018	1.464.470 €

Zusammenfassung der Begründung:

Basierend auf dem mit der Volkshochschule am 18.05.2005 geschlossenen Rahmenvertrag erhält die Volkshochschule vorbehaltlich der Bereitstellung der entsprechenden Haushaltsmittel eine jährliche Zuwendung. Diese beläuft sich im Haushaltsjahr 2018 auf insgesamt 1.464.470 €.

Sitzung des Ausschusses für Bildung und Kultur vom 25.01.2018

Ergebnis: einstimmige Zustimmung zur Beschlussempfehlung

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 07.02.2018

Ergebnis: einstimmige Zustimmung zur Beschlussempfehlung

Sitzung des Gemeinderates vom 01.03.2018

Ergebnis: einstimmig beschlossen

Begründung:

Nach § 22 der Landesverfassung und § 2 des Weiterbildungsförderungsgesetzes ist die Weiterbildung zu fördern. Nach § 2 Absatz 5 des Weiterbildungsförderungsgesetzes fördern die Gemeinden als freiwillige Aufgabe die Weiterbildung unter anderem durch die Errichtung und Unterhaltung von Volkshochschulen (VHS). Die Weiterbildung hat nach der gesetzlichen Regelung die Aufgabe, dem Einzelnen zu helfen, im außerschulischen Bereich seine Fähigkeiten und Kenntnisse zu vertiefen, zu erweitern oder zu erneuern. Sie umfasst auf der Grundlage des Grundgesetzes und der Landesverfassung die allgemeine Bildung, die berufliche Weiterbildung und die politische Bildung. Die Weiterbildung soll den Einzelnen zu einem verantwortlichen Handeln im persönlichen, beruflichen und öffentlichen Bereich befähigen und damit der freien Gesellschaft im demokratischen und sozialen Rechtsstaat dienen. Die Stadt fördert die von der Volkshochschule durchgeführte Weiterbildung und das darüberhinausgehende Angebot der Volkshochschule mit einer Zuwendung. Grundlage ist der zwischen der Stadt und der Volkshochschule am 18.05.2005 geschlossene Rahmenvertrag.

Im Haushalt 2018 wurden insgesamt Mittel in Höhe von 1.464.470 € eingestellt.

Wir bitten der Gewährung einer Zuwendung an die Volkshochschule in 2018 in Höhe von 1.464.470 € zuzustimmen. Die Auszahlung erfolgt gemäß den städtischen Freigaberegulungen.

Aktuell wird ein neuer Vertrag mit der Volkshochschule entwickelt. Nach erfolgter Abstimmung wird der neue Zuwendungsvertrag dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt.

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
DW 3	+	Lebenslanges Lernen unterstützen Begründung: Die Volkshochschule als Weiterbildungseinrichtung hat die Aufgabe, bei Erwachsenen und Heranwachsenden diejenigen Kenntnisse und Fähigkeiten zu fördern, die notwendig sind, um den gegenwärtigen und künftigen Anforderungen in Familie, Beruf und Freizeit in der gesellschaftlichen und politischen Umwelt besser gewachsen zu sein. Hierzu gewährt die Stadt eine finanzielle Förderung.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

keine

gezeichnet
Dr. Joachim Gerner